

Volks-Zeitung

Dierunfünfstägiger Jahrgang.

Bezugspreise: für Halle monatlich für zweimonatliche...

Anzeigenspreise: Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile...

Nr. 540.

Halle, Donnerstag, den 18. November 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Der Sieg der Monarchisten in Griechenland

Ein Briefwechsel mit Escherich — Sozialisierungsfragen vor dem Hauptauschuß — Wrangels Ende — Das Autonome Gesetz für Oberschlesien — Am 20. Februar Preußenwahlen.

Die „Orgesch“.

Ein Briefwechsel mit Escherich.

Welche Bedenken gegenüber der Einführung der „Orgesch“ in Preußen bestehen, haben wir schon wiederholt berührt. Es macht uns wirklich kein Vergnügen, lediglich vielseitig aus parteipolitischen Gründen...

Sehr geehrter Herr Postkrat!

Obwohl ich aus bestimmten Gründen Gegner Ihrer Organisation bin, halte ich es doch für zweckmäßig, im Interesse der Sache eine Klärung der sich widersprechenden Ansichten zu versuchen. Die Ziele, die in den Veröffentlichungen Ihrer Organisation bündelnd angegeben werden, denen ich im großen Ganzen mit denen, deren Erreichung auch ich für die Verwirklichung unseres Volkes und für die Befreiung der von rechts und links drohenden Gefahren für erwünscht halte.

monarchistischen Systems oder die Herbeiführung eines Volkstönigstums zu machen? 2. Ist es absolut ausgeschlossen, daß im Falle eines versuchten Rechtsputsches die „Orgesch“ als Stützgruppe gegen alle Elemente benutzt werden soll, welche auf republikanischem Boden stehen? 3. Hält die Leitung der „Orgesch“ es für möglich, daß innerhalb der nächsten, sagen wir einmal zehn Jahre, an die Umänderung der Weimarer Verfassung...

Es ist mir außerordentlich wichtig, daß diese Fragen restlos geklärt werden. Ich bitte Sie Ihre Auskunft so zu gestalten, daß sie sich zu jeder Veröffentlichung in den mir naheliegenden Blättern eignet. Ich bin, wie gesagt, aus den angegebenen Gründen Gegner Ihrer Bestrebungen, was aber nicht ausschließt, daß ich meine Ansicht bei genügender Aufklärung darüber ändert. Mit der Versicherung um.

München, den 18. 11. 20.

Sehr geehrter Herr Hauptstadtleiter! Ihren Brief vom 6. Nov. mber kann ich erst heute beantworten, da ich soeben von einer größeren Reise nach Norddeutschland zurückkomme. Sie freuen mich sehr, daß Sie als Gegner der Organisation offen an mich herantraten und ich bin gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten. Um zunächst gleich auf die von Ihnen formulierten Punkte einzugehen, beziehe ich mich zu erwidern: 1. Die Organisation lehnt es ausdrücklich ab, in ihren Reihen Propaganda für die Wiederaufrichtung eines monarchistischen Systems oder die Herbeiführung eines Volkstönigstums zu machen. — Wie sich jeder Einzelne zur Staatsform, zu einer Partei, zu einer Religion stellt, ist seine Sache; innerhalb der Organisation scheidet diese Frage nicht aus. 2. Die Organisation wird gegen einen Rechtsputsch ebenso vorgehen, wie gegen einen Linksputsch. Jeder Rufsch, von welcher Seite er auch immer kommen mag, zerschlägt das deutsche Reich mit unbedingter Gewißheit. Ich weiß, als auch die früher in der Organisation sind mit Ehrenwort und Handschlag verpflichtet, diesem im Programm ausgesprochenen Punkte Geltung zu verschaffen. Wir werden dies auch zu tun wissen. Erzingt die Organisation die Kraft, die sie haben muß, umfaßt sie alle ordnungsliebenden Menschen in Deutschland, dann wird durch das Behalten dieses Worts der Mitte, jeder Rufsch von rechts oder links illusorisch gemacht. — Ich füge hier noch ein, daß die Organisation bereits zwei Mal Verlage rechtsgerichteter, außerhalb der „Orgesch“ stehender wider die Rechte, die sich mit Aufstiegsgeboten befaßten wollten. Im Jahre erscheinend der Weimarer Verfassung zugunsten des Volkstönigstums in den nächsten 10 Jahren in Betracht kommt, entzieht sich jeder Beurteilung. Jede Umänderung der Weimarer Verfassung kann und darf nur durch den Willen der ausgesprochenen Mehrheit der Bevölkerung mit dem Einverständnis, also auf dem Wege, den diese Verfassung weist, vollzogen werden. 3. Die Organisation hat als ihren ersten Programm-punkt den Schutz der Verfassung aufgenommen. Sie wird also diejenige Regierung stützen, die verfassungsgemäß die Führung des Reiches in Händen hat. Ich darf darauf Bezug nehmen, daß eine große Anzahl von Wehrsozialisten in der Organisation — auch als Führer — ist, und daß der Trennungstrieb keineswegs der irgendeiner Partei oder Klasse, sondern dort gesogen wird, wo der ordnungsliebende Mensch aufhört und der Umklärter beginnt. 4. Eine Verpflichtung, in bestimmten Stellen des Reiches keine Wehrbereitschaft zu entfalten kann nicht eingetragener werden. Es ist vielmehr ein Ziel der Organisation, das ganze Reich landlos zu umfassen. Bestehen schon Organisationen, die ähnliche vaterländische Ziele verfolgen, die aber nebenbei sich noch an besondere Kreise wenden, so kann jederzeit ein Weg des Zusammengehens gefunden werden, am besten aber durch einen Anstoß der betr. Organisation an meine, wenn sie sich mit dem Programm-Punkten und dem Arbeitsprogramm einander näher erklärt. Ich glaube nun, sehr verehrter Herr Stadtleiter, Ihnen Ihre Fragen völlig beantwortet zu haben. Was den in der Organisation geforderten Gehöranspruch gegen die Führer anbelangt, so möchte ich hier betonen, daß nicht nur die Führer selbst gewählt sind, also des unbedingten Vertrauens ihrer Mitglieder haben, sondern daß mir vor allem daran liegt, jeden Mißbrauch auch von Seiten der Organisation, zu verhindern und den Autoritätsgehalt wieder zu härten, der unterem deutschen Volke wohlthut nützt. Der Eintritt in die Organisation ist freiwillig und darin begründet erfolgt auch die Umorganisation aus freien Stücken. Zu welchen Zwecken diese Umorganisation verlangt wird, ergibt das Programm (s. a. Gutachten des presy. Justizminister Am Jchnhof). Ich hoffe, daß Vorstehendes zur Klärung Ihrer Kenntnisse der Organisation beiträgt und bin gerne bereit, auf weitere Anfragen, auch mündlich Auskunft zu geben. Die von Ihnen berührten Punkte bildn in erster den Gegenstand von Anfragen, daß ich sie zum größten Teil, gerade in der letzten Zeit bei meinen verschiedenen Vorträgen im gleichen Sinne beipropfen habe, wie ich sie Ihnen heute beantworte. Sollten Sie von meinen Überzeugungen Gebrauch machen wollen, so stelle ich Ihnen dies frei. Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung Dr. Escherich.

wenden, so kann jederzeit ein Weg des Zusammengehens gefunden werden, am besten aber durch einen Anstoß der betr. Organisation an meine, wenn sie sich mit dem Programm-Punkten und dem Arbeitsprogramm einander näher erklärt. Ich glaube nun, sehr verehrter Herr Stadtleiter, Ihnen Ihre Fragen völlig beantwortet zu haben. Was den in der Organisation geforderten Gehöranspruch gegen die Führer anbelangt, so möchte ich hier betonen, daß nicht nur die Führer selbst gewählt sind, also des unbedingten Vertrauens ihrer Mitglieder haben, sondern daß mir vor allem daran liegt, jeden Mißbrauch auch von Seiten der Organisation, zu verhindern und den Autoritätsgehalt wieder zu härten, der unterem deutschen Volke wohlthut nützt. Der Eintritt in die Organisation ist freiwillig und darin begründet erfolgt auch die Umorganisation aus freien Stücken. Zu welchen Zwecken diese Umorganisation verlangt wird, ergibt das Programm (s. a. Gutachten des presy. Justizminister Am Jchnhof). Ich hoffe, daß Vorstehendes zur Klärung Ihrer Kenntnisse der Organisation beiträgt und bin gerne bereit, auf weitere Anfragen, auch mündlich Auskunft zu geben. Die von Ihnen berührten Punkte bildn in erster den Gegenstand von Anfragen, daß ich sie zum größten Teil, gerade in der letzten Zeit bei meinen verschiedenen Vorträgen im gleichen Sinne beipropfen habe, wie ich sie Ihnen heute beantworte. Sollten Sie von meinen Überzeugungen Gebrauch machen wollen, so stelle ich Ihnen dies frei. Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung Dr. Escherich.

Es ist nicht zu leugnen, daß eine gewisse Klarheit durch diesen Briefwechsel geschaffen worden ist und daß es wohl auf Grund dieser Punkte möglich sein kann, daß a. B. der in Halle neugegründete „Vergesund“ mit der hiesigen Ortsgruppe der „Orgesch“ in bestimmten Fällen gemeinsam handeln. Wir würden uns freuen, wenn zwischen beiden Organisationen eine Brücke der Verständigung geschaffen werden könnte unter der Voraussetzung, daß das, was Dr. Escherich im Vorstehenden niedergelagt hat, auch wirklich ernstlich und gewissenhaft gehalten wird. Ohne absolute Klarheit und Wahrheit wäre eine Annäherung natürlich ausgeschlossen. Leider können wir aber aus dem Verhalten bestimmter Kreise gegen den in Halle'schen Bürgerbund die Überzeugung von dem Willen zur Klarheit und Wahrheit noch nicht gewinnen.

Drohende Besetzung des Ruhrgebiets.

Ministerpräsident Dr. v. Kaahr stellte im bayerischen Landtag fest, daß bei der Errichtung der französischen Grenzbesatzung in München die Interessen des Reiches in jeder Weise gewahrt wurden, und daß niemals und in keiner Frage die bayerische Regierung sich mit ausländischen Vertretern oder Agenten eingelassen habe. Zur Einwohnerversfrage betonte er, daß die bayerische Regierung an der Einwohnerwehre festhalte, solange der Bestand des Staates nicht gesichert ist, daß er auf das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung zu bestehen hat. Die bayerische Regierung werde sich dabei durchaus im Einklang mit dem Geiste des Friedensvertrages. Der demokratische Vglg. Müller-Meinings schloß sich diesem Standpunkt an.

Das Landesorgan der württembergischen Zentrums-partei, das „Deutsche Volkblatt“ in Stuttgart, veröffentlicht einen Artikel, in welchem auf Grund zweifelhafte Witzteilungen aus diplomatischen Kreisen festgestellt wird, daß die Entente es ermöglicht hochhalten habe, die im Einklang mit Spa angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes unvorzüglich zu vollziehen, wenn Bayern an der Nichtablieferung der Waffen und Wiederaufbau der Einwohnerwehren weiterhin beharrt. Aus diesem Entschluß, dem auch England, Italien und Amerika zugestimmt habe, sei nicht mehr zu rütteln und auch keine Abänderung zu erzielen. Wenn die bayerische Regierung auch heute noch in dem unverantwortlichen Optimismus beharren sollte, daß ihre Haltung das Beruhigen des Reiches nicht herbeiführen könnte, dann möge sie sich einmal bei dem französischen Gelanden in München hierüber erkundigen. Auch könnte sie sich bei den bayerischen Parlamentariern, die sich unter der Leitung des französischen Generals erfreuen, erkundigen lassen. Ganz unabweisbar liegt heute die Aufgabe fern, daß das Beharren der bayerischen Regierung auf ihrem Standpunkt zur Besetzung des Ruhrgebietes führe. Die in Bayern gefällige Argumentation, daß die Besetzung des Ruhrgebietes sowie jene werden würde, daß es sich also jedenfalls um eine keine hinaussetzung handelte, ist eine verwerfliche Falschpolitik.

Am 20. Februar Preußenwahlen.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, hat der Verlester der Preußischen Landesversammlung ein in i m m i g beschloffen, dem Hauhe den 20. Februar 1921 als Tag der Neuwahlen in Preußen vorzuschlagen.

Die Verhandlungen über die deutschen Viehahlfleierungen.

In Paris haben am Montag die Verhandlungen über die deutschen Viehahlfleierungen begonnen.

Aus dem Hauptausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde am Dienstag der Haushaltsplan des Reichswirtschaftsministeriums weiter beraten.

verschiedene Anträge

und zwar ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag: 1. Der Reichstag wolle die Verhandlungen des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. Nov. 1918 und vom 12. Nov. 1918 aufheben.

weiter stellen die Deutsche Volkspartei die Demotoren und das Zentrum einen Antrag, dem Reichswirtschaftsminister zu erlauben, erneut Anwendungen an die Außenparlamenten zu geben.

Da auf werden sämtliche allgemeine Bewilligungen des Ministeriums aus Kapitel 2 im Gesamtbetrag von 827 400 Mark angenommen.

Minister Dr. Scholz gibt bekannt, daß die Statistik über Warenverkehr im Dezember zu erliegen beginnen wird.

Zu verlauf der weiteren Debatte werden sämtliche weiteren Postitionen bewilligt.

Minister Dr. Scholz gibt bekannt, daß die Statistik über Warenverkehr im Dezember zu erliegen beginnen wird.

In dem Verlauf der weiteren Debatte werden sämtliche weiteren Postitionen bewilligt.

Dr. Fleißner (Str.) legt eine Resolution vor, wonach für die Reichsberger D-R-Messe ein einmaliger Beitrag von 7 1/2 Millionen Mark im Ergänzungsetat einzusetzen sei.

Dr. Fleißner (Str.) legt eine Resolution vor, wonach für die Reichsberger D-R-Messe ein einmaliger Beitrag von 7 1/2 Millionen Mark im Ergänzungsetat einzusetzen sei.

Dr. Fleißner (Str.) legt eine Resolution vor, wonach für die Reichsberger D-R-Messe ein einmaliger Beitrag von 7 1/2 Millionen Mark im Ergänzungsetat einzusetzen sei.

Sozialtarifkommission

hemängt Dr. Rieber (D. Rpt.) deren Zulassungserkung, weil darin die Bergbau-Industriellen gar nicht vertreten seien.

Dr. Curtius (D. Rpt.) hält die Sozialtarifkommission für einen Fremdkörper in der jetzigen politischen Lage und im Verhältnis zum Reich.

Am Schluß der Sitzung wird der bereits veröffentlichte Antrag angenommen, worin die Regierung erucht wird, anzugeben, in welcher Höhe und in welchen Fällen das Reich nicht aus dem Etat ersichtliche Garantie gegenüber öffentlichen und privaten Stellen zu leisten habe.

Die Völkerverbundtagung in Genf.

(Drahtbericht.)

Die Dienstag-Sitzung des Völkerverbundes beschäftigte sich mit der Zusammenfassung von Kommissionen.

Der Präsident Hymans eruchte Vuzredos das Wort zu seinem Bericht über die Tätigkeit des Völkerverbundes und des Generalsekretariats während des ersten Jahres des Bestehens des Völkerverbundes.

Hagerup (Norwegen) erinnert daran, das die nordischen Staaten besonderes Gewicht auf die Verhandlung der Ab-rühungsfrage in der Völkerverbundersammlung legen.

Lord Cecil (Südafrika) empfiehlt im Namen Südafrikas, daß der Völkerverbund die größte Spannung wahren lasse.

Hagerup (Norwegen) erinnert daran, das die nordischen Staaten besonderes Gewicht auf die Verhandlung der Ab-rühungsfrage in der Völkerverbundersammlung legen.

Lord Cecil (Südafrika) empfiehlt im Namen Südafrikas, daß der Völkerverbund die größte Spannung wahren lasse.

Die Redaktionen der Zeitungen in Wien haben eine Erklärung abgegeben, in der sie die Neutralität Österreichs betonen.

Bundesversammlung unterbreitet wurde. Witter brachte Vord Cecil eine Resolution vor, die in Wien angekündigten Finanzprobleme ebenfalls der Völkerverbundersammlung zur Stellungnahme zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen nach im Laufe dieser Session unterbreitet werden.

Die Krisis in Griechenland.

Nach einer heftigen Redeung aus Athen wird wahrscheinlich die Königin Olga die Regentschaft übernehmen.

Die Genfer 'Suffis' melden, daß laut einer bei der dortigen griechischen Kolonie eingetroffenen Athener Depesche sämtliche griechische Außenminister abberufen werden sollen.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Der Völkerverbund hat die Königin Olga die Regentschaft übernehmen lassen, was die griechische Regierung nicht ohne Bedenken hinnehmen wird.

Advertisement for RUTIKA FEDER pens, featuring an image of a fountain pen and the text 'BRAUSE & CO. JERLOHN'.

Pallenberg über Reinhardt.

Herr Pallenberg hat zur Feder gegriffen, um eine Lanze für Max Reinhardt zu stechen.

Der größte schmale Regisseur wendet er sich in der jüngsten Nummer von Stefan Geyers 'Zeitung' gegen die Kampfschrift, die Franz Ferdinand Baumgarten gegen Reinhardt, den großen Schauspieler geschrieben hat, und führt aus:

Wenn im Augenblick sich so wenige öffentlich an das erinnern, was ihnen Reinhardt gab, an die Schauspielerei-Aufstellungen, an die wunderbare Vorstellung von Hofmannsthal's 'Die Dreigroschenoper', an die Aufführung der 'Goldenen' von Benz, wenn alles Herrliche, das Reinhardt gab, in die öffentliche Rechnung fast nicht eingekalkuliert wird, so sei es wenigstens eines Schauspielers erlaubt, zu bekunden, was er uns gab.

Der größte schmale Regisseur wendet er sich in der jüngsten Nummer von Stefan Geyers 'Zeitung' gegen die Kampfschrift, die Franz Ferdinand Baumgarten gegen Reinhardt, den großen Schauspieler geschrieben hat, und führt aus:

Der größte schmale Regisseur wendet er sich in der jüngsten Nummer von Stefan Geyers 'Zeitung' gegen die Kampfschrift, die Franz Ferdinand Baumgarten gegen Reinhardt, den großen Schauspieler geschrieben hat, und führt aus:

Der größte schmale Regisseur wendet er sich in der jüngsten Nummer von Stefan Geyers 'Zeitung' gegen die Kampfschrift, die Franz Ferdinand Baumgarten gegen Reinhardt, den großen Schauspieler geschrieben hat, und führt aus:

Der größte schmale Regisseur wendet er sich in der jüngsten Nummer von Stefan Geyers 'Zeitung' gegen die Kampfschrift, die Franz Ferdinand Baumgarten gegen Reinhardt, den großen Schauspieler geschrieben hat, und führt aus:

„Glasmann als Erzieher“ im Stadttheater.

Der 'Glasmann als Erzieher' von Otto Ernst zeigt die Schaulustige dazu, sich herauszugeben, mehr noch zu karrierieren.

Der 'Glasmann als Erzieher' von Otto Ernst zeigt die Schaulustige dazu, sich herauszugeben, mehr noch zu karrierieren.

Der 'Glasmann als Erzieher' von Otto Ernst zeigt die Schaulustige dazu, sich herauszugeben, mehr noch zu karrierieren.

Der 'Glasmann als Erzieher' von Otto Ernst zeigt die Schaulustige dazu, sich herauszugeben, mehr noch zu karrierieren.

Zum Streit um die Theaterkritik in Bremen.

Zum Streit um die Theaterkritik in Bremen. Die Disgrace Bremen des Vereins Niederösterreichische Presse hat sich in ihrer obersten Versammlung vom 14. November d. J. mit dem Streitfall beschäftigen lassen.

Zum Streit um die Theaterkritik in Bremen. Die Disgrace Bremen des Vereins Niederösterreichische Presse hat sich in ihrer obersten Versammlung vom 14. November d. J. mit dem Streitfall beschäftigen lassen.

Zum Streit um die Theaterkritik in Bremen. Die Disgrace Bremen des Vereins Niederösterreichische Presse hat sich in ihrer obersten Versammlung vom 14. November d. J. mit dem Streitfall beschäftigen lassen.

Zum Streit um die Theaterkritik in Bremen. Die Disgrace Bremen des Vereins Niederösterreichische Presse hat sich in ihrer obersten Versammlung vom 14. November d. J. mit dem Streitfall beschäftigen lassen.